



**DER REGIERUNGSRAT**  
**DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT**

**GS / UVEK**

**31. JAN. 2013**

*STE*

An das  
Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation,  
Bundesamt für Energie  
Sektion BP  
3003 Bern

**UVEK; Energiestrategie 2050; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben mit Unterlagen vom 28. September 2012, mit dem Sie uns die "Energiestrategie 2050 des Bundes" zur Stellungnahme unterbreiten. Von dieser Möglichkeit nehmen wir hiermit gerne Gebrauch und senden Ihnen den ausgefüllten Fragebogen mit Bemerkungen zurück.

**Allgemeine Bemerkungen**

Der Kanton Basel-Landschaft begrüsst im Grundsatz die vorgeschlagenen energiepolitischen Massnahmen in der Energiestrategie 2050 des Bundes (Beilage ausgefüllter Fragebogen). Wir sind überzeugt, dass der vorgeschlagene Weg der Energiestrategie 2050 einen Schritt in die richtige Richtung darstellt, das Energieproblem jedoch noch nicht lösen wird.

Bei der Verwendung des Ertrags aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe bevorzugen wir die Variante 1, welche zu einer Entflechtung der heute sehr komplexen Organisation führt und die Kompetenzen der Kantone im Gebäudebereich unterstreicht. Da diese Lösung bei einigen Kantonen zu einer Mehrbelastung der kantonalen Förderbudgets führen würde, stellen wir den Antrag,

	z. K.	Federl.	Möbl.	Sektion
DIR				
BWO				Sachb.
KOM				
BFE				Termin
OFEN				
UFE				Kopie
AEE				Akten-Nr.
AEW				
ABS				
ELC				Erledigt

den Bundesanteil beim Gebäudeprogramm in einer Übergangszeit von 50 Prozent auf 75 oder 100 Prozent anzuheben.

Den meisten vorgeschlagenen Massnahmen können wir zustimmen, einige empfehlen wir jedoch zur Ablehnung, in Übereinstimmung mit den Anträgen der Energiedirektorenkonferenz.

Wir begrüssen das gewählte etappierte Vorgehen der Energiestrategie 2050 mit einer sofortigen Umsetzung der auf Gesetzesstufe möglichen Massnahmen zusammen mit dem Ausbau der Förderung.

Wir hoffen, sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard, sehr geehrte Damen und Herren, Ihnen mit unserer Stellungnahme dienen zu können, und danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

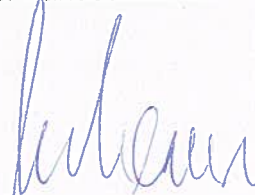
Liestal, 29. Januar 2013

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates  
die Präsidentin:



der Landschreiber:



Beilage:

- Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

# Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation:

Regierungsrat Kanton Basel-Landschaft

## Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050 .....	1
Kernenergiegesetz .....	3
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz.....	3
Energieeffizienz.....	3
Gebäude.....	3
Mobilität .....	5
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft .....	5
Industrie und Dienstleistungen .....	6
Erneuerbare Energien.....	7
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht .....	8
Einspeisevergütungssystem.....	9
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen.....	10
Netzzuschlag .....	11
Fossile Kraftwerke .....	11
Netze.....	12

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

## Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Die Kantone teilen die Ansicht des Bundesrates, dass bis 2050 die bis dahin mutmasslich stillgelegten Kernkraftwerke in der Schweiz nicht durch eine neue Generation von Kernkraftwerken ersetzt werden können. Mit der Stilllegung der Kernkraftwerke fallen 38 Prozent der heutigen Stromproduktion weg. Deshalb begrüssen die Kantone die Formulierung einer neuen Energiestrategie. Diese muss zu einem wesentlich effizienteren Energieverbrauch insgesamt führen und die Versorgung soweit sinnvoll auf erneuerbare Energien abstützen. Ebenso soll die Abhängigkeit von fossilen Energien reduziert und dadurch auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoss gesenkt werden. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Strategie basiert auf diesen Stossrichtungen.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

*Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Der Kanton Basel-Landschaft begrüsst das etappierte Vorgehen, da dieses der Situation angepasst ist. Wir sind auch damit einverstanden, dass in einer zweiten Phase ab dem Jahr 2020/2025 das heutige Fördersystem zu einem wesentlichen Teil durch ein Lenkungssystem abgelöst werden soll. Dabei bevorzugen wir eine staatsquotenneutrale Lenkungsabgabe. Eine allfällige Teilzweckbindung für Förderungen im Energiebereich sollte in einer Übergangsphase jedoch möglich bleiben.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Dass der Ausstieg nur mit einer neuen Ausrichtung in der Energiepolitik und mit einer neuen Strategie möglich ist, erscheint uns naheliegend. Wir haben in Fukushima miterlebt, welche Langzeitschäden ein derartiger Unfall verursachen kann. Auch die Entsorgung des Atom Mülls ist noch nicht gelöst, und wir hinterlassen den zukünftigen Generationen eine grosse Hypothek.

## Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

*Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

keine

## Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

*EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir können uns mit langfristigen Zielsetzungen einverstanden erklären. Die Ziele können jedoch nur den Charakter von Richtgrössen haben, um den Fortschritt der Energiepolitik zu beurteilen. Die Festlegung der Zielwerte basieren auf Schätzungen, auf der Basis von komplexen Annahmen. Die Qualität der Zielgrössen muss deshalb bei der Entwicklung der Massnahmen berücksichtigt werden und diese müssen periodisch überprüft werden. Der Bund und die Kantone sind gemeinsam für die Energiepolitik verantwortlich. Deshalb sollen Ziele im Gebäudebereich vom Bundesrat nur im Einvernehmen mit den Kantonen festgelegt werden können.

## Energieeffizienz

### Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Höhe der CO<sub>2</sub>-Abgabe sollte primär von der Zielerreichung bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion in der Schweiz abhängen gemacht werden und nicht von der Höhe der nötigen Summe für das

Gebäudeprogramm. Je nach Grad der Zielerreichung wird es möglich und nötig sein, die CO<sub>2</sub>-Abgabe zu erhöhen.

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe für den Gebäudebereich?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2*

- ☒ Variante 1 (*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1*)  
☐ Variante 2 (*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2*)  
☐ Keine der beiden Varianten  
☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir begrüßen klar die Variante 1 mit folgenden Anpassungen. Sie führt zu einer Entflechtung der heute sehr komplexen Organisation und unterstreicht die verfassungsmässige klare Kompetenz der Kantone im Gebäudebereich. Um die Kontinuität im Gebäudeprogramm auch in finanzschwächeren Kantonen zu gewährleisten, könnte das Beitragsverhältnis Bund/Kanton von 50/50, welches heute beim Teil B des Gebäudeprogramms angewendet wird, zugunsten der Kantone auf 75/25 angepasst werden. Eine andere Möglichkeit wäre, auch bei der Variante 1 in einer Übergangsperiode 100 Prozent der Beiträge des heutigen Gebäudeprogramms in Form von Globalbeiträgen zu gewähren.

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?  
*Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2<sup>bis</sup> (neu), Art. 32 Abs. 2<sup>ter</sup> (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3<sup>bis</sup> bis Abs. 3<sup>quinquies</sup> (neu), Art. 10 Abs. 1<sup>ter</sup> (neu), Art. 25 Abs. 1<sup>ter</sup> und Art. 72q (neu) und 78f (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4*

- ☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Entscheid zugunsten einer energetischen Sanierung hängt wesentlich von den finanziellen Möglichkeiten der Gebäudeeigentümer und vom Willen Geld für eine energetische Sanierung auszugeben ab. Die vorgeschlagenen Anpassungen der Steuergesetzgebungen führen dazu, dass die heute bereits niederschweligen Massnahmen nicht mehr von Erleichterungen profitieren könnten, sondern die Anforderungen an die realisierten Investitionen wesentlich höher liegen würden. Davon werden prioritär Gebäudeeigentümer profitieren, die ohnehin in der Lage sind, umfassend zu sanieren. Hingegen wird ein grosser Teil der Hauseigentümer den Anspruch verlieren, für kleinere

Massnahmen Erleichterungen geltend zu machen. Mit dieser Anpassung wird der Anreiz somit kaum überzeugender gestaltet. Fraglich ist ferner, ob der Bund verfassungsmässig legitimiert ist, soweit in die Steuerhoheit der Kantone einzugreifen.

### **Mobilität**

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO<sub>2</sub>-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2020 einverstanden?  
*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderung Art. 10*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Eine Beschränkung des Flottenverbrauchs bei Neuwagen erachten wir als geeignetes Mittel, um auch im Verkehrsbereich den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu verringern. Dabei gilt es jedoch zu bemerken, dass eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf dem Treibstoff eine effiziente Massnahme wäre, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss bei der Mobilität zu senken.

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO<sub>2</sub>-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO<sub>2</sub>/km bis Ende 2020 einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Änderung Art. 10*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Siehe Bemerkungen bei Frage 9.

### **Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft**

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

*EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)*

☐ Ja    ☒ Nein    ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Die Vorlage verpflichtet die Elektrizitätslieferanten zur Förderung der Effizienz beim Stromverbrauch. Dazu soll ein Zertifikatssystem eingeführt werden. Bereits sind zahlreiche andere Anreizsysteme, um den Verbrauch zu optimieren (wettbewerbliche Ausschreibungen,



Vereinbarungen mit Grossverbraucher von Seiten des Bundes und der Kantone) vorhanden. Zudem ist es Aufgabe des Bundes, Verbrauchsvorschriften für Geräte zu erlassen. Somit ergeben sich auch Zweifel an der Verhältnismässigkeit (Art. 27 BV) der Massnahme. Ferner ist zweifelhaft, ob sie auch gegenüber ausländischen Unternehmen in einem künftigen freien Markt durchsetzbar wäre. Zudem können sich Konflikte bezüglich der Gebäudezuständigkeit der Kantone gemäss Art 89 Abs. 4 BV ergeben. Das vorgesehene Zertifizierungssystem ist mit einem beträchtlichen administrativen Aufwand für den Bund und die Unternehmen verbunden. Es stellt sich deshalb die Frage, mit welchem Aufwand welche zusätzliche Wirkung mit dem vorgeschlagenen Zertifizierungssystem erzielt werden kann.

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

*EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Elektrizitätsversorger im Kanton Basel-Landschaft veröffentlicht jährlich in ihrem Geschäftsbericht die Verbrauchs- und Finanzaufgaben. In der Energiestatistik des Kantons besteht zukünftig die Absicht die entsprechenden Energieverbräuche auch den einzelnen Kundengruppen zuzuteilen. Wir sind der Meinung, dass eine Veröffentlichung der Daten auf diese Art genügt und keine zusätzlichen Datenerhebungen erzwungen werden sollten. Die Energiewirtschaft kann allenfalls verpflichtet werden, im Unternehmen vorhandene Zahlen zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz).

### Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

*EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

keine

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses verpflichten können und



damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

*EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)*

☐ Ja    ☒ Nein    ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme die in der Parl. Initiative der UREK-N vorgeschlagene Lösung, energieintensive Grossverbraucher von dieser Abgabe zu befreien, begrüsst. Die Verpflichtung zur Verbesserung der Energieeffizienz kann die technische Innovation und die Wirtschaftlichkeit in diesen Betrieben verbessern. Eine allgemeine Befreiung aller Grossverbraucher würde indessen zu erheblichen Mindereinnahmen für die Förderung erneuerbarer Energien führen. Für nicht energieintensive Grossverbraucher stellt die Nicht-Rückerstattung des Netzzuschlages keine übermässige Belastung dar. Die Rückerstattung des Netzzuschlages sollte lediglich für energieintensive Betriebe gewährt werden gemäss Vorschlag der parl. Initiative 12.400.

## Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

*EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☐ Ja    ☒ Nein    ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Der Stellenwert des Ausbaupotenzialplans ist unklar und aus kantonaler Sicht problematisch. Er soll gemäss dem Erläuternden Bericht (S. 80 f.) zwar kein Sachplan oder Konzept gemäss Raumplanungsgesetz und „letztlich nicht verbindlich“ sein. Trotzdem soll er gemäss Art. 12 Abs. 3 dieselbe Wirkung haben wie ein Sachplan, indem er vom Bundesrat bei der Genehmigung der kantonalen Richtpläne berücksichtigt werden muss. Zudem ist auch der Erarbeitungsprozess unklar. Nach Art. 89 Abs. 2 BV hat der Bund auf dem Gebiet der Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien nur eine Grundsatzgesetzgebungskompetenz. Diese ermächtigt ihn nicht, für die kantonalen Behörden verbindliche Sachpläne zu erlassen, die im Ergebnis die Kantone zu einer Standortplanung für Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien zwingen, wie der Entwurf dies vorsieht. Die Kompetenz des Bundes reicht allenfalls für die Schaffung eines Konzeptes aus, dessen Festlegungen von den Kantonen im Rahmen einer Interessenabwägung bei der Festsetzung ihrer Richtpläne zu berücksichtigen sind, aber keine unmittelbare Bindungswirkungen entfaltet. Das nun vorgeschlagene Konzept in Art. 11 ff. geht über diese Kompetenzen hinaus. Die neu eingeführte Rechtsfigur der „subsidiären Planung“ in Art. 12 Abs. 2 lehnen wir ab. Diese Figur widerspricht der Zuständigkeit in der Raumplanung. Zudem ist nicht ersichtlich, welchen Vorteil der Bund daraus gewänne, wenn er die Planung nach drei Jahren an sich reissen würde. Die Akzeptanz von entsprechenden Planungen muss vor Ort erarbeitet werden, wenn

damit für den Bau von Anlagen zuverlässige Rahmenbedingungen geschaffen werden sollen. Gelingt dies nicht, werden Einsprachen und Beschwerden auch bei verkürzten Verfahren die Realisierung von Projekten belasten.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

*EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Diese Forderung ist ein Eingriff in die kantonale Hoheit, die wiederum eine Mitfinanzierung der Anlagen durch den Bund zur Folge hätte. Die Kantone teilen die Auffassung, dass für die Entwicklung der Energieversorgung in der Schweiz eine aktive Planung auf der Ebene Richtplanung erforderlich ist. Dazu soll der Mindestinhalt der kantonalen Richtpläne im Energiebereich im Raumplanungsgesetz festgelegt werden. Als Grundlage für die kantonale Richtplanung kann schliesslich ein Konzept nach Art. 13 RPG (SR 700.0) dienen, das zwischen Bund und Kantonen erarbeitet wird. Überdies verpflichtet Art. 7 RPG die Kantone bereits heute zusammenzuarbeiten, wenn sich ihre Aufgaben berühren.

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesse statuiert wird?

*EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Die Kantone begrüssen neue Rechtsgrundlagen zur Güterabwägung gemäss Art. 14 und 15. Die Festlegung der kritischen Grösse und Bedeutung einer Anlage, um in der Interessenabwägung mehr Gewicht zu erhalten, muss in Zusammenarbeit aller Interessierten erfolgen.

**Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht**

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

*EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:  
keine

### Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

*EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Regierungsrat lehnt diesen Ausschluss ab: Bei derartigen Anlagen ist ein grosses Potenzial vorhanden, welche unbedingt genutzt und somit gefördert werden sollten. Dass diese Investitionen über die Abfallrechnung finanziert werden sollen, leuchtet nicht ein. Wir erachten es als wichtig, dass über die Abfallrechnung nur abfallrelevante Kosten abgerechnet werden.

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

*EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Zubau von Photovoltaik in Europa geht weiter. Bereits heute verändert die Solar- und Windstromproduktion aus Europa den Strommarkt in der Schweiz strukturell. Die Pumpspeicherung als Geschäftsmodell muss neu justiert werden. Verschiedene Prognosen weisen darauf hin, dass zwischen 2020 und 2025 die Gestehungskosten für Solarstrom an günstigen Standorten vergleichbare Werte wie die Gestehungskosten für fossil oder nuklear produzierten Strom erreichen. Offen ist, ob bis in 10 Jahren praxisreife und wirtschaftliche Konzepte zur breiten saisonalen Speicherung von Solarstrom zur Verfügung stehen oder nicht, die einen positiven Einfluss auf den Wert des Solarstromes hätten. Der Regierungsrat unterstützt die Beibehaltung eines Kostendeckels für die Photovoltaik. Er ist jedoch der Ansicht, dass er grosszügiger gestaltet werden müsste, gemäss seiner Stellungnahme zur parl. Initiative 12.400. Damit kann allenfalls auch dem grossen Durcheinander an Fördermodellen in der Schweiz Einhalt geboten werden.

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012  
Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:  
keine

### Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Gemäss unserem Wissensstand wurden mit der vorgeschlagenen Lösung gute Erfahrungen gemacht. Daher begrüssen wir die hier vorgeschlagene Variante mit einem einmaligen Beitrag für kleinere Anlagen, dies insbesondere auch für Anlagen, welche auf der Warteliste ohne Zusage sind. Bei diesem Systemwechsel muss jedoch ein Abgleich mit bereits durch anderweitig geförderten Anlagen stattfinden um Doppelförderungen zu vermeiden.

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Einmalvergütung  
☐ Net Metering  
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

Gemäss Ausführungen zu Frage 22.

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Gemäss Ausführungen zu Frage 22.

### Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

*EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Gemäss Ausführungen zu Frage 22.

### Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

*EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die neue Energiestrategie der Schweiz muss in Zukunft zu einem wesentlich effizienteren Energieverbrauch insgesamt führen und die Versorgung soweit sinnvoll auf erneuerbare Energien abstützen. Ebenso soll die Abhängigkeit von fossilen Energien reduziert und dadurch auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoss gesenkt werden. Anlagen dieser Art können unter Umständen sinnvoll sein, wenn keine besseren Alternativen realisiert werden können. Deshalb soll die Technologie nicht verboten, sondern wie vorgesehen zurückhaltend Verwendung finden. Gefördert werden können solche Anlagen, wenn sie einen wichtigen Beitrag zur Ergänzung der stochastisch anfallenden Energien (Wind und Sonne) leisten. Die Vergütung muss dementsprechende Anreize setzen, darf aber nicht so attraktiv sein, dass allfällige sinnvolle Alternativen auf nicht fossiler Basis nicht zum Zuge kommen können. Eine effiziente Nutzung der Energien erfordert eine Koppelung der Systeme. Stromerzeugungsanlagen geben nutzbare Abwärme ab und für den Lastausgleich kann Strom auch zur effizienten Wärmeerzeugung verwendet werden (z.B. Wärmepumpen).

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

*EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Gemäss Ausführungen zu Frage 26.

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO<sub>2</sub>-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

*CO<sub>2</sub>-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

keine

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

.....  
.....  
.....  
.....

## Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

*Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Für die künftigen inländischen Produktionsinfrastrukturen und den Stromimport sind ein rascher Ausbau der Stromübertragungsnetze und ein Umbau der Verteilnetze nötig. Derzeit dauern die (viel zu komplexen) Bewilligungsverfahren bis zu 10 Jahre. Dies ist entschieden zu lange. Die Einschränkung des Rechtsweges ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung erscheint deshalb als adäquate Massnahme zur Beschleunigung der entsprechenden Bewilligungsverfahren.

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

*Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)*

*Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8*

☐ Ja   ☐ Nein   ☒ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

keine